

Die Gesundheit der Bienen liegt vielen National- und Ständeräten am Herzen!

Eine Anzahl von Bundesparlamentariern liess sich von Experten aus erster Hand über die Probleme der Bienengesundheit informieren und diskutierte die Frage, wie sie zur Lösung der Probleme beitragen könnte.

ROBERT SIEBER, REDAKTION SBZ (robert.sieber@vdrb.ch)



FOTOS: ROBERT SIEBER

Über 80 Gruppen mit Vertretern der Bundesversammlung widmen sich neben der allgemeinen parlamentarischen Tätigkeit spezifischen Interessensfragen. Drei dieser Gruppen: Der landwirtschaftliche Klub der Bundesversammlung, die parlamentarische Gruppe für den Tierschutz und die parlamentarische Gruppe Biodiversität und Artenschutz luden während der Frühlingssession der eidgenössischen Räte am 12. März zu einem Informationsanlass zum Thema Bienengesundheit ein. Die Parlamentarier wollten sich von Fachexperten aus erster Hand über den Ernst der Lage orientieren lassen, wollten wissen, ob bezüglich Bienengesundheit in den letzten Jahren Fortschritte erzielt worden sind, und wie sie als Vertreter des eidgenössischen Parlamentes die Bienengesundheit positiv beeinflussen könnten. Zahlreich erschienen sie zu diesem Anlass, die Damen und Herren National- und Ständeräte aus allen Landesteilen und Sprachregionen quer durch die Parteienlandschaft. Sie opferten dafür ihre wohlverdiente Mittagspause, eilten direkt nach der Morgenversammlung zur Veranstaltung und unmittelbar danach zurück an die Sessionen.

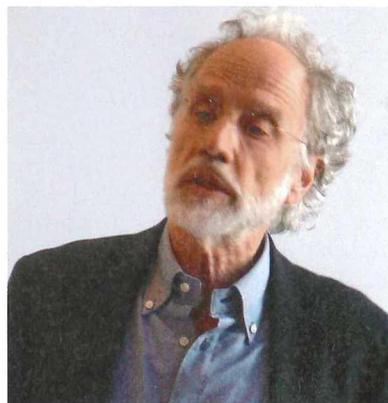
Nationalrat Hausammann bei der Leitung der Diskussion. Ob da eine Sorgenfalte auf seiner Stirn zu erkennen ist?

Filmregisseur Markus Imhoof: «Wir müssen hören, was uns die Natur zu sagen hat!»

Engagierte Referenten

Im Namen der drei einladenden parlamentarischen Gruppen begrüsst Nationalrat Markus Hausammann aus dem Kanton Thurgau, Präsident des landwirtschaftlichen Klubs der Bundesversammlung, die anwesenden Parlamentarier, Referenten und eine kleine Anzahl von Gästen. In seiner Einleitung verlieh Hausammann seiner Betroffenheit über das Bienensterben Ausdruck. Es sei diese Betroffenheit gewesen, welche zur Organisation des Anlasses geführt habe. Er wies aber auch auf den vielfältigen Zielkonflikt zwischen Landwirtschaft und Bienensterben hin und lud die Parlamentarier zu einem sachlichen Dialog mit Fachexperten ein.

Als ersten Referenten stellte Nationalrat Hausammann Starregisseur Markus Imhoof vor, der mit seinem Film «More than Honey» zu Weltruhm gelangt ist. «Mein Vater war Imker, meine Tochter und mein Schwiegersohn sind Bienenforscher – das alleine war aber nicht Grund genug, diesen Film zu drehen», dies Imhoofs einleitende Worte. Mit seinem Film wollte er auf die komplexe Interaktion zwischen Mensch und Umwelt aufmerksam machen. Seine zentrale Frage, die er den Parlamentariern mit auf den Weg gab: «Ist der Mensch noch Bestandteil der Natur?» Nach einer der eindrucksvollen Filmsequenzen über den Pestizideinsatz in den



Mandelblüten Kaliforniens verwies er auf ein Zitat in der Neuen Zürcher Zeitung, wonach in der Schweiz verhältnismässig mehr Pestizide eingesetzt werden als in der EU. Es müsse uns schon zu denken geben, dass es den Bienen in der Stadt heute besser gehe, als ihren Artgenossen auf dem Lande. Seine engagierten Ausführungen beschloss er mit der Aufforderung: «Wir müssen zusammen reden – bei den Bienen heisst das Schwarmintelligenz.»

Frau Anne Koch hob als Vertreterin von Greenpeace die überragende Bedeutung der Bienen für die Landwirtschaft hervor, welche durch die Ausbreitung von Monokulturen und den Einsatz von Pestiziden zunehmend bedroht würde. Unmissverständlich forderte sie, dass die gefährlichsten Insektizide sofort verboten werden müssten. Frau Koch machte auf eine Broschüre von Greenpeace aufmerksam, wonach im Jahre 2011 in der Schweiz 2225,1 Tonnen Pestizide verkauft wurden. Sie erwähnte aber auch die kürzlich publizierte Studie der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz EAWAG, wonach in Schweizer Gewässern über 100 Pestizide nachgewiesen wurden, wobei in einem Drittel der Fälle die zulässige Dosis überschritten worden sei.

Professor Peter Neumann von der Universität Bern zeigte aufgrund von Daten des Imkernetzwerkes CoLOSS, dass das Wintersterben vor den Landesgrenzen nicht haltmacht. Als Ursachen führte er die Ernährung der Bienen auf, Pestizide, Krankheiten und Parasiten, die Genetik der Bienen, die Interaktion aller dieser Faktoren und nicht zuletzt auch den Einfluss der Imker. Er vertrat die Meinung, dass die Bienenforschung in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt worden sei und sich bezüglich Bienengesundheit im

besten Fall noch in den Kinderschuhen befinde. So wisse man zum Beispiel immer noch nicht, warum die asiatische Biene mit der Varroa zurechtkomme, unsere Bienen aber nicht. Er forderte eine vermehrte, international



Anne Koch fordert im Namen von Greenpeace ein sofortiges Verbot der giftigsten Insektizide.

koordinierte Grundlagen- als auch intensivere angewandte Forschung.

Jean-Daniel Charrière, Leiter des Zentrums für Bienenforschung ZBF, erklärte die Unterschiede zwischen den eher lokalen Sommerverlusten – in der Regel als Folge von Pestizideinsätzen – und die grossflächigeren Winterverluste mit der unbestrittenen Haupttäterin, der Varroa. Bei den Sommerverlusten wies er auf die erfreuliche Entwicklung der internationalen Registrierungsbehörden hin, welche ihre Risikobewertungen von Pestiziden neuerdings vermehrt auch auf Elemente der Bereiche chronische Toxizität, subletale Effekte, Einfluss nicht

nur auf adulte Bienen, sondern auch auf ihre Brut erweitern würden und vermehrt den Einfluss der Pestizide auf andere Bestäuber wie Hummeln und Wildbienen ausdehnten. Die laufenden Forschungsarbeiten am ZBF, in Zusammenarbeit mit dem Bienengesundheitsdienst (BGD), der Imkerbranche und der Universität Bern, fokussieren sich gemäss Charrière auf die Verbesserung der Bekämpfungsmethoden, die Interaktionen zwischen Varroa, Viren und Pestiziden, die Erforschung der Resistenzmechanismen der asiatischen Biene und, quasi als den Heiligen Gral, auf die Entwicklung einer resistenten Biene für die Schweiz.

Nationalrat Bernhard Guhl richtete am 12. März die folgende Frage an den Bundesrat.

 NATIONALRAT CONSEIL NATIONAL CONSIGLIO NAZIONALE		Nr. N° N.	Datum: Date : Data :
			12.03.2014
Art des Vorstosses: <input checked="" type="radio"/> Parlamentarische Initiative <input type="radio"/> Motion <input type="radio"/> Postulat <input type="radio"/> Interpellation <input type="radio"/> Dringliche Interpellation <input type="radio"/> Anfrage <input type="radio"/> Dringliche Anfrage <input type="radio"/> Fragestunde	Type d'intervention : <i>Initiative parlementaire</i> <i>Motion</i> <i>Postulat</i> <i>Interpellation</i> <i>Interpellation urgente</i> <i>Question</i> <i>Question urgente</i> <i>Heure des questions</i>	Tipo d'intervento : <i>Iniziativa parlamentare</i> <i>Mozione</i> <i>Postulato</i> <i>Interpellanza</i> <i>Interpellanza urgente</i> <i>Interrogazione</i> <i>Interrogazione urgente</i> <i>Ora delle domande</i>	
Urheber/in Bernhard Guhl BDP	Unterschrift <div style="border: 1px solid black; height: 20px; width: 100%;"></div>		
Titel Ursachenforschung Bienensterben: Dunkelziffer Bienenvergiftungen und Pestizide in Bienenvölkern			
Text 500 / 500 2013 hat der Bienengesundheitsdienst 10 Vergiftungsfälle bei Bienenvölkern nachgewiesen, mit Cocktails von bis zu 6 Pestiziden (Bericht Schweizer Bienenzeitung). Da Bienen, und eingetragener Pollen/Nektar nicht systematisch auf Pestizidrückstände untersucht werden und es nur wenige Proben gibt, dürfte es eine grosse Dunkelziffer geben. Kann der BR eine Aussage zur Dunkelziffer und zur Menge Pestizide in Bienenvölkern machen? Wenn nein, wie soll diese Informationslücke künftig geschlossen werden?			

Der Bundesrat antwortete termingerecht, aber wenig aussagekräftig:

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: 2013 wurden dem Bienengesundheitsdienst 15 Vorfälle von erhöhtem Bienensterben gemeldet. In 10 Fällen konnten in den toten Bienen Pestizide nachgewiesen werden, in 5 Fällen ist die Ursache unbekannt. Seit 1983 werden in der Schweiz pro Jahr durchschnittlich 10 bis 15 Verdachtsfälle von Vergiftungen mit Pflanzenschutzmitteln bei Honigbienen gemeldet. Trotz der erhöhten Sensibilisierung der Landwirte und der Imker für die Problematik hat die Zahl der gemeldeten Fälle in den letzten dreissig Jahren nicht zugenommen. Auch scheint die Art der verwendeten Pflanzenschutzmittel keinen Einfluss auf die Vergiftungshäufigkeit zu haben. Heute werden andere Mittel und Wirkstoffgruppen angewendet als vor zwanzig Jahren.

Vor diesem Hintergrund gehen unsere Experten davon aus, dass die Dunkelziffer nicht sehr hoch ist. Das Zentrum für Bienenforschung und seit April 2013 der Bienengesundheitsdienst arbeiten eng mit der Praxis zusammen. Die Forschung, die Zulassung und der Vollzug sind um die Ursachenaufklärung bei erhöhtem Bienensterben bemüht. Die Resultate werden in der Überprüfung der Zulassungs- und Anwendungsbedingungen für Pflanzenschutzmittel berücksichtigt. In vielen Fällen ist die Ursache auf eine Fehlanwendung

zurückzuführen. Bisher ist bekannt, dass auch im Jahr 2013 in mindestens zwei Fällen Pestizide nicht gemäss Vorschrift angewendet wurden. Bisher gibt es keine Daten zu Vergiftungsfällen bei Wildbienen. Im Rahmen des Zulassungsverfahrens wird das Risiko für Honigbienen evaluiert. Bislang wurde davon ausgegangen, dass durch den Schutz der Honigbienen auch Wildbestäuber geschützt sind. Neue internationale Anforderungen an die Bewertung für Bienen sind in Bearbeitung, und in Zukunft werden neu neben einer Risikobeurteilung für die Honigbienen entsprechende Bewertungen für Wildbienen und Hummeln gefordert.

In Erfüllung des Postulates Moser 12.3299 hat sich der Bundesrat bereit erklärt zu prüfen, ob ein Aktionsplan zur Reduktion der durch die Anwendung von Pflanzenschutzmittel verbundenen Risiken sinnvoll ist. Sollte der Bundesrat die Erarbeitung eines Aktionsplanes beschliessen, wird die in der Motion 13.3367 der WBK-NR geforderte Senkung der Risiken für Bienen und Umwelt darin berücksichtigt.

Worauf Nationalrat Guhl mit der folgenden Frage nachdoppelte ...

Guhl Bernhard (BD, AG): Wenn ein Bienenvolk mit Pestiziden vergiftet ist, muss das nicht heissen, dass das ganze Volk abstirbt und dass dann vom Zentrum für Bienenforschung die Ursache des Absterbens kontrolliert wird. Es kann durchaus auch sein, dass allein wegen der Menge an Pestiziden, die durch Pollen eingetragen wurden, im Volk und im Futter Rückstände bestehen und die Jungbienen so mit Pestiziden kontaminiert werden. In solchen Fällen wird das Volk eben nur geschwächt und geht nicht ein. Wie wollen Sie nun systematisch feststellen, was für Pestizidrückstände bei den Bienenvölkern bestehen, wenn es nicht systematisch erfasst wird?

... und die folgende bundesrätliche Antwort erhielt:

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Danke, Herr Nationalrat Guhl, Sie scheinen ein Spezialist zu sein. Ich kann sehr wohl nachvollziehen, dass es schwierig ist, wenn gewisse Bienenvölker nicht erfasst werden, weil nicht das ganze Volk verendet. Selbstverständlich werden alle Bemühungen unternommen, um den Dingen auf den Grund zu kommen. Wie in Situationen, wie Sie sie schildern, vorgegangen werden kann, das muss ich den Spezialisten überlassen.

Olivier Félix vom Bundesamt für Landwirtschaft referierte abschliessend über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Massnahmen zur Risikoreduktion. Aus seiner Sicht besteht das Dilemma im Zielkonflikt, dass der Verzicht von Pflanzenschutzmitteln zu bedeutenden Ertragseinbussen führe. Neben diesen quantitativen seien auch qualitative Aspekte zu berücksichtigen, welche zu Produkterückweisungen durch den Konsumenten führen würden. Als Beispiele erwähnte er durch Blattläuse geschädigte Salate, durch Minierfliegen in ihrem Aussehen beeinträchtigte Zwiebeln oder durch Drahtwürmer beschädigte Kartoffeln. Bei der Risikoabwägung gehe es nicht nur um die Gesundheit von Mensch und Bienen, sondern auch um die Vermeidung unerwünschter Emissionen zum Beispiel auf Wasserlebewesen. Im Rahmen eines Risikominderungsprogramms des Bundesamtes für Landwirtschaft seien unter anderem auch bereits bewilligte Pflanzenschutzmittel aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse neu beurteilt worden. Dies habe dazu geführt, dass seit 2005 die Marktbewilligung von 124 Pflanzenschutz-Wirkstoffen (mehr als ein Viertel) zurückgezogen wurde und dass seit 2011 die Anwendungsvorschriften für 29 Wirkstoffe angepasst wurden. Weitere 30 Wirkstoffe würden zurzeit überprüft. Diese Massnahmen würden allerdings zum Teil mit Einschränkungen der landwirtschaftlichen Produktion einhergehen.

Aufschlussreiche Diskussion

Die von Nationalrat Hausamann kompetent geleitete Diskussion war nicht minder spannend als die vorangegangenen Expertenpräsentationen. Er eröffnete die Diskussion mit der Frage an die Forschung, warum nach rund 30 Jahren Forschung immer noch keine Lösung für die Varroa auf dem Tisch liege. Professor Neumann beantwortete diese Frage mit der Weiterführung seiner Analogie: «Wenn man kein Geld für neue Schuhe hat, bleibt man eben in den Kinderschuhen stecken.» Nationalrat Andreas Aebi, selber Landwirt und Imker, wollte sich über den Stand varroatoleranter Honigbienen orientieren lassen, über welche immer wieder berichtet

würde. Auch hier musste Neumann die Erwartungen dämpfen: Sobald nämlich solche vermeintlich toleranten Völker an einen andern Standort gebracht würden, sei es mit der Toleranz vorbei. Nationalrat Thomas Böhni aus dem Obstkanton Thurgau wollte wissen, ob bei den Problemen mit den Honigbienen nicht Wildbienen in die Lücke springen könnten. Da waren sich die Experten aber einig: Gerade bei so intensiven Landwirtschaftskulturen wie dem Obstbau im Kanton Thurgau braucht es sehr viele Bienen während einer relativ kurzen Zeit. Diese Anforderungen können nur die Honigbienen mit ihren hohen Völkerzahlen befriedigen. Oder einfach ausgedrückt:



Wir brauchen die Bienen!

Besonders zu denken gaben die Fragen von Imker und «Puurebueb» Nationalrat Bernhard Guhl aus dem Aargau: «Haben wir den Ernst der Lage überhaupt verstanden? Die Welt würde Amok laufen, wenn während eines Winters ein Drittel unserer Kühe zugrunde ginge!» Und weiter wandte er sich an die Vertreter des Bundesamtes für Landwirtschaft mit der Frage: «Wie viele Mitarbeiter arbeiten beim BLW? Bitte vergleichen sie nun diese Anzahl mit der Anzahl der Mitarbeiter am ZBF. Entspricht dieser Mitarbeiterbestand der Tatsache, dass die Biene aus landwirtschaftlicher Sicht das dritt-wichtigste Tier ist?» Auf diese Frage erhielt Nationalrat Guhl keine Antwort.

Nationalrätin Maya Graf wollte wissen, was nach dem Ablauf des zweijährigen Moratoriums dreier besonders bienengiftiger Neonicotinoide in der Schweiz passieren werde. Hier wurde von der Bundesverwaltung klargestellt, dass dieses Moratorium nur gelockert würde, wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse das Auf-

Nationalrätin Maya Graf verlangt vermehrte Forschung für Alternativen zu den chemischen Pestiziden.



heben des Moratoriums rechtfertigen würde. Andernfalls bleibe dieses unbefristet weiter bestehen.

Nationalrätin Graf schloss zusammen mit Nationalrat und Präsident des Bauernverbandes, Markus Ritter, die Veranstaltung. «Wir haben nach wie vor einen grossen Forschungsbedarf», so Graf. Und weiter: «Wir müssen auch immer die grossen Zusammenhänge im Blick behalten. Eine Lösung kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle relevanten Faktoren gemeinsam berücksichtigt werden.» Dazu gehören ihrer Meinung nach auch intensivier-te Forschungsanstrengungen für Pestizidalternativen. Den Gedanken der komplexen Zusammenhänge nahm auch Nationalrat Markus Ritter in seine Schlussgedanken auf: «So sollte es nicht nur bei der Lösung der Bienenprobleme gehen: Probleme sollten eigentlich immer vernetzt angegangen werden, alle Parteien müssen dazu beitragen.» Die Bienenforschung, so Ritter, habe in der letzten Zeit ein Mauerblümchen Dasein gefristet. Damit man weiterkomme, brauche es Gelder von der öffentlichen Hand, die Wirtschaft sei an diesen Fragestellungen zu wenig interessiert. Und an seine Ratskolleginnen und -kollegen gerichtet: «Was da gar nicht geht, ist Gelder zu kürzen. Wir können nicht auf der einen Seite Motionen einreichen und bei der nächsten Budgetdebatte die Gelder kürzen.»

Nationalrat Bernhard Guhl: «Stellen Sie sich vor, in einem Winter würde ein Drittel aller Kühe sterben ...»

Der Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes, Nationalrat Markus Ritter, fordert von seinen Ratskollegen konsequentes Verhalten bei den Abstimmungen im Parlament.

